

HELMUT BOCK

Von einem, der auszog, der Revolution zuvorzukommen

Zum Beginn der Preußischen Reformen
vor 200 Jahren

Jede »Haupt- und Staatsaktion« hat ihre Vorgeschichte – diese hier beginnt genau ein halbes Jahrhundert vor dem bedeutenden Ereignis. Soeben schlägt die Armee Friedrichs II. von Preußen die Väter der Bastillestürmer bei Rossbach und obendrein die Österreicher bei Leuthen. Aber der Krieg, den der Potentat und Landräuber zum dritten Mal um Schlesien führt, ist nur ein augenblickliches Geschehen, hinter dessen Waffengetöse und Mordgeschrei in aller Ruhe die langlebigen Zeitzünder geistiger und sozialer Explosivkräfte ticken. Montesquieus »Geist der Gesetze« inspiriert das Denken der Aufklärer gegen den monarchischen Absolutismus. Kants Theorie vom Werden des physikalischen Sonnensystems nährt die Überzeugung von ähnlich naturhafter Entwicklung des Gesellschaftslebens. Lessing reinigt die deutsche Tragödienbühne von der Alleinherrschaft hochgeborener Standeshelden. Und eben der unternehmende Stand, die werdende Klasse, für die der Dichter das Theater erobern will, errichtet jetzt die Eisenhütte Sankt-Antony, aus der die Montanindustrie des Ruhrgebiets erwachsen wird. Sie beginnt in den Bleierzgruben bei Düsseldorf mit der Dampfmaschine des Engländers Newcomen das Produktionstempo eines neuen Zeitalters voranzutreiben.

In diese Welt der noch intakten, aber schon fraglich werdenden Strukturen des Feudalismus gerät am 26. Oktober 1757 ein Neugeborener: Karl Freiherr von und zum Stein, nach etlichen Schwestern endlich der willkommene Stammhalter eines Geschlechts deutscher Reichsritter. Die Familie wurzelt seit einem halben Jahrtausend in Nassau an den Ufern der Lahn, wo sie über rund acht Quadratkilometer Land mit einigen Hundert Bewohnern gebietet – der Grundbesitz in Flecken verstreut und von Produzenten bewirtschaftet, die zumeist Pächter, nicht Fronbauern sind. Feudalrenten und Zinsen sichern in Natura die Früchte, Kornscheffel, Eier, Butter und Speckseiten, in klingender Münze die Gulden, Kreuzer und Pfennige, von denen diese betagten Ritter ihre bevorzugte Lebensweise noch immer bestreiten.

Der junge Mensch wird zu protestantischer Frömmigkeit, zu Standeshere und dem Pflichtgefühl erzogen, sein Leben »gemeinnützigen Zwecken«, vor allem den Interessen von Kaiser und Reich zu widmen.¹ Noch ist ungewiss, ob ihn im Schoß der traditionsbewussten Familie, in der Idylle patriarchalischer Dörflichkeit und der Landschaft sagenumwobener Flüsse, Burgen und Weinberge die Stimmen der heraufziehenden neuen Zeit erreichen. Während der

Helmut Bock – Jg. 1928;
Prof. em. Dr. phil. habil.;
Historiker, Mitglied der
Leibniz-Sozietät. Zuletzt in
UTOPIEKreativ: Was ist des
Deutschen Vaterland?
175 Jahre Hambacher Fest,
Heft 200 (Juni 2007).

1 Freiherr vom Stein: Erinnerung ans Vergangene (Autobiographische Aufzeichnungen), in: Briefe und amtliche Schriften, bearb. von Erich Botzenhardt, neu hrsg. von Walther Hubatsch, Bd. IX, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz 1972, S. 865.

Vater seine Reichsunmittelbarkeit mitsamt allen Privilegien im endlosen Rechtsstreit gegen den Zugriff des Fürsten von Nassau verteidigt, öffnet die literarisch bewegte Mutter das Haus für die »Stürmer und Dränger« Lavather und Goethe. Der Sohn verschlingt indes Shakespeares Königsdramen und Goethes »Götz« – wie in dem Ritter der eisernen Hand, so nistet in seinen frühen Gedanken der Widerwille gegen die deutschen Zaunkönige des Absolutismus. Das könnte eine romantische Rückwendung ins schöngefärbte Mittelalter bedeuten. Eine vergebliche Sehnsucht nach des alten Reiches Herrlichkeit mit starken Kaisern und ihrer treu schützenden Ritterschaft. Steins Worte, mit denen er von sich sagen wird,² er habe seine Ansicht der Welt und der menschlichen Verhältnisse aus der Geschichte geschöpft: Weisen sie in die Sackgasse unwiederholbarer Vergangenheit – oder auf die offene Bahn eines Fortschreitens von Staat und Gesellschaft, das in der Gegenwart schon begonnen hat?

2 Ebenda, S. 865.

Die Eltern wünschen den Jüngling als Juristen bei den Gerichten des Reiches. So gelangt er von der Lahn zuerst nach Göttingen: an die Universität des Staates Hannover, dessen Landesherr zugleich als ein konstitutioneller König in England thront. Das norddeutsche Territorium ist vom Absolutismus verschont geblieben, wenn auch der einheimische Adel als unmittelbarer Vollstrecker der Staatsgewalt seine Privilegien und altständischen Institutionen hütet. Auf der deutschen Hochburg des englischen Liberalismus bildet sich der studiosus iuræ an altem Reichsrecht und modernen Staatsideen. Er besucht die Vorlesungen des Staatsrechtlers Pütter, der mit einem »Kopf voll deutscher Paragraphen« und einem »Herz voll englischer Freiheit« lehrt,³ dass kein Fürst berechtigt sei, von seinen Untertanen ohne deren Zustimmung irgendwelche Steuern zu erpressen. Auch hört er bei Schlözer »Universalgeschichte«, wonach sich die Menschheit in stetiger Aufwärtsentwicklung befinde, und er lässt sich von der Idee durchdringen, dass tiefere Einsicht in die Geschichte einen jeden, zumal einen Staatsmann, zu richtigen Entscheidungen befähige.

3 Franz Herre: Freiherr vom Stein. Zwischen Revolution und Reformation, München 1973, S. 20.

Der Umgang mit bürgerlichen Studienfreunden leitet ihn zu den Schriften des Franzosen Montesquieu, der seine Prinzipien des parlamentarisch kontrollierten Königtums und der Gewaltenteilung von Britanniens Staatsstrukturen abgeleitet hat. Stein wird den »Esprit des lois« sein Leben lang studieren, zitieren und den Hauptsatz verfechten: Man tötet »den Gemeingeist und den Geist der Monarchie«, wenn der »Eigenthümer« von den Geschäften der Staatsverwaltung ausgeschlossen bleibt.⁴ In Göttingens freigeistigem Klima wagt der junge Reichsritter seine erste Entscheidung, die solcher Kritik eine tätige Richtung gibt: Er überschreitet adlige Standesgrenzen und lässt sich in die naturrechtlich gleichmachende Loge der Freimaurer aufnehmen.

4 Stein: Nassauer Denkschrift, in: Briefe und amtliche Schriften, Bd. II/1, Stuttgart 1959, S. 390.

An die Göttinger Zeit fügen sich drei Jahre der Studienreisen und Rechtspraktika. Im Hörsaal hat Stein gelernt: Nur am Reichskammergericht zu Wetzlar, am Reichstag zu Regensburg und am Kaiserhof zu Wien sei die Einheit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation noch erlebbar. In derselben Reihenfolge grast er nun die bemoosten Reichsbastionen ab. Bei der Judikatur in Wetzlar, wo er fünf Jahre nach seinem Fachkollegen Goethe, nach dessen Lieb-

schaft und phantasiereicher Abschweifung zu »Werthers Leiden« das Praktikum beginnt, studiert er mit strenger Selbstdisziplin die »merkwürdigsten Rechtsfälle« im Staub von Jahrhundertakten. Dann reist er zur Legislative des Reiches nach Regensburg, wo aber nichts als ein permanent tagender, intrigenreicher Gesandtenkongress, ein ewiger Jahrmarkt der Staatseitelkeiten zu finden ist. Abschluss der Reisezeit ist ein längerer Aufenthalt in Wien, dem Sitz der reichshofrätlichen Exekutive. Der junge Mann hat den Kaiser gesucht, dem er dienen soll. Er hat die Institutionen des bald tausendjährigen Reiches geprüft, ob sie es wert seien, seine Lebensfrist und Tatkraft zu empfangen. Was er gefunden hat, muss alles andere als überzeugend gewesen sein. Freunde, die in seiner Weltsicht und Urteilsweise zuweilen ein genialisches Aufblitzen gewahren, bemerken auch seine Entfremdung vom reichsritterlichen Lebensplan.

In Wien wird ein Schlusstrich gezogen, wovon Stein in seiner späteren Autobiographie mit lakonischer Kürze berichtet: »Hier lebte ich neun Monate sehr zerstreut, dem geselligen Leben allein hingeeben. [...] Meine Abneigung gegen eine Anstellung bei den Reichsgerichten hatte sich unterdessen befestigt, meine Eltern gaben ihr nach.«⁵

5 Derselbe: Erinnerung ans Vergangene, Bd. IX, S. 866.

Im friderizianischen »Regiesystem«

Es ist 1780, als der Dreiundzwanzigjährige in den Dienst des Monarchen von Preußen tritt. Sehen wir davon ab, dass sich der Protestant nicht für die römisch-katholischen Habsburger, sondern für den protestantischen Hohenzollern entscheidet, so wird doch dieser Entschluss selbst preußisch gesinnten Historikern merkwürdig erscheinen.⁶ Denn schon der Student hat Friederich II. kritisch beurteilt: »[...] Ein König, der das Universum durch seine Waffen zittern macht, der in Erstaunen versetzt durch die Größe seines Genies und seine Untertanen ächzen lässt unter der Last seines Zepters.«⁷ Im abermaligen Widerspruch zu den Wünschen der Eltern, die ihren Sohn nunmehr als Diplomaten sehen möchten, setzt Stein eine ganz und gar unerwartete Anstellung durch. Er wird Referendarius im staatlichen Bergwerks- und Hüttendepartement der preußischen Monarchie.

6 Vgl. Gerhard Ritter: Stein. Eine politische Biographie, Stuttgart 1958, S. 32 ff.

7 Stein an seine Mutter, Göttingen (1773?), in: Briefe und amtliche Schriften, Bd. I, S. 14 (französ.).

Nach einem Jahr Dienstzeit findet sich in seinem amtlichen Bericht über eine Inspektionsreise durch Polen der polemische Satz: »In Pohlen fehlt der ganze Mittel- oder Bürgerstand, der dem Staat die aufgeklärtesten und tätigsten Menschen zu liefern pflegt [...]. Der Reichthum der Nation ist in den Händen des Adels, der ihn auf eine unvernünftige Art verschwendet und ihn auf Frivolitäten, nicht auf Gegenstände, wodurch der National-Reichthum vermehrt wird, verwendet.«⁸ Noch ist Polen der Gegenstand einer Kritik, die sich bald und noch anders gegen Preußen wendet.

8 Stein: Bericht über die Bereisung einiger Provinzen des Königreichs Polen an den Minister von Heinitz, Breslau, 9. November 1781, ebenda, S. 129 f.

Mit vollem Einsatz seines starken und hungrigen Intellekts bildet sich Stein durch Studien und weitere Dienstreisen zum Montanfachmann aus. Nach zwei Jahren schon empfängt er seine Ernennung zum Oberbergrat. Doch der Erfolg darf nicht vergessen lassen: Dieser Aufsteiger reibt sich an den bürokratischen Schranken des Absolutismus. Er nennt Preußens Regierungsweise ein »ruinöses Regiesystem«, weil der König seine Entschlüsse in selbstherrlicher

9 Stein an Reden, Berlin, 29. Dezember 1781, ebenda, S. 132 f.

10 Stein an Reden, Wetter, 26. Februar 1785, ebenda, S. 205.

11 Stein: Erinnerung ans Vergangene, ebenda, Bd. IX, S. 867.

12 Ebenda, S. 868.

13 Gerhard Ritter: Das Problem des Militarismus in Deutschland, in: Historische Zeitschrift, Bd. 177 (1954), S. 27, 29; Sebastian Haffner: Preußen ohne Legende, Hamburg 1981, S. 243.

Einsamkeit fasse, wirkliche Klugheit und Tatkraft nicht würdige, sich vielmehr am Kitzel seiner »Überwucht« erfreue.⁹ Nach weiteren drei Jahren will er seinen Dienst quittieren – doch es kommt anders. Er lässt sich die Rangstufenleiter weit höher hinauf, als Direktor der preußisch-westfälischen Bergämter von Berlin nach Wetter an der Ruhr schieben. Nach wiederum fünf Jahren schreibt er von dort an den Freund und künftigen Staatsminister Friedrich Wilhelm v. Reden: »Alles das, was der Preußische Dienst mir giebt und geben kann, ist gegen das, was ich mir als wünschenswerth denke, so klein, so unbedeutend.«¹⁰ Man könnte dies für einen Ausfluss aus übersteigertem Ehrgeiz halten, wenn nicht die Dokumente belegten, dass dieser Staatsdiener zu Recht gegen die alten Zöpfe des Staatsapparats und die feudalen Privilegien der Gewerke zürnt. Noch im Alter wird Stein sarkastisch bemerken: Er sei damals »von der Nichtigkeit des toten Buchstabens und der Papierthätigkeit recht innig« überzeugt worden.¹¹

Für ihn aber gibt es keinen Ausweg. Wohl folgen dem außerordentlichen Auftrag, als Gesandter nach Mainz zu fahren (1785), wo er den Erzkanzler des Reiches von den Habsburgern trennt und für Preußen gewinnt, sehr verlockende Angebote: Er könnte die Gesandtschaft in Den Haag, sogar in Petersburg übernehmen. Stein aber ist dem diplomatischen Dienst abgeneigt. Wie er selbst schreibt: »[...] Wegen der Wandelbarkeit der Politik der Höfe, des Wechsels von Müßiggang und einer schlaunen, berechnenden Geschäftstätigkeit, des Treibens, um Neuigkeiten und Geheimnisse zu erforschen, der Nothwendigkeit, meine Aufmerksamkeit auf das Leben in der großen Welt und auf ihre Genüsse, Konvenienzen, Kleinlichkeiten, Langeweile zu wenden, endlich wegen meines Hangs zur Unabhängigkeit, meiner Offenheit und Reizbarkeit.«¹² Diese Absage an die Karriere des Diplomaten zeigt reife Beobachtung und Selbsterkenntnis. Sie gründet vor allem im Wesen eines strengen Moralisten. Stein unterscheidet sich grundsätzlich von vergleichbaren Gestalten wie Hardenberg und Metternich – und wird deshalb von Potentaten und späteren Historikern den Vorwurf erleiden müssen: Er habe in seiner knorrigten Unbedingtheit und Gradlinigkeit »immer mit dem Kopf durch die Wand« gewollt, indes die geschmeidigen Diplomaten die weitaus besseren Politiker gewesen seien.¹³

So verbleibt Stein in seiner einmal begonnenen Ämterspirale, wo sein Charakter an Originalität, an Einmaligkeit durchaus gewinnt. Er verargt Schlendrian und Geistreichelei, Schläue und Intrigenspiel. Seine Aktivitäten entfalten sich sehr bewusst und absolut fern von der raffiniert bewältigten Langeweile und Genüsslichkeit der Kavaliere des höfischen Barock. Wie keinem zweiten der deutschen Zeitgenossen, die zu politischer Größe geraten werden, ist Stein tagtäglich die robuste Kleinarbeit für eine Sache abverlangt, die Selbsterziehung, Zähigkeit, Überzeugungskraft, einen langen Atem erfordert. Es sind am Ende zwei ganze Jahrzehnte, in denen er die Bergwerke, das Fabrik- und Verkehrswesen, den Wege- und Wasserbau in Westfalen verwaltet und fördert – die wirtschaftliche Entwicklungsbasis im fortgeschrittensten Gebiet der preußischen Monarchie.

Das Amt erfordert neuartige Ideen und Handlungen. In Steins Briefen und Akten flackert der Widerschein gewisser »Feuer-Ma-

schinen«, die in den Bergwerken die Pumpen betreiben, mit Hilfe einer Transmission aber auch andere Maschinen bewegen. Sein Blick ist nach England gerichtet, wo soeben durch Wissenschaft, umwälzende Technik und Mechanisierung der Industrie ein nie gekanntes Wachstum der Produktivkräfte beginnt. Was da entsteht, wird in historischer Überschau eine »Industrielle Revolution« genannt werden – die größte Kulturrevolution, die seit der Erfindung des Reibfeuers und der dadurch ermöglichten Sesshaftwerdung des Menschen stattfindet. Sie verweist traditionale Lebensweisen, die seit den ältesten Zeiten auf bloßer Naturkraft und Handarbeit beruhen, ins Abseits der Geschichte.

Stein erkennt zunächst freilich nur die Zyklopenkraft der »Feuer-Maschinen«. Er reist im November 1786 – König Friedrich ist tot – für einen zehnmonatigen Aufenthalt nach Britannien. In London verhandelt er mit James Watt und Matthew Boulton, den Pionieren des Industriezeitalters, über den Ankauf einer ihrer Dampfmaschinen. Die Engländer aber sind durch ausländische Industriespionage nervös geworden. Weil Stein eine Dampfmaschine hat zeichnen lassen, ohne die Erlaubnis der Erfinder einzuholen, laufen die Verhandlungen schlecht. »He is the most dangerous of all the spies«, schreibt Boulton warnend nach Cornwall,¹⁴ wo dem Mann aus Preußen auch prompt die Besichtigung der Kohlenbergwerke und weiterer Maschinen verweigert wird.

Die Komplikationen der englischen Reise können jedoch die Erkenntnis nicht verdunkeln, dass die »Feuer-Maschine« sowohl sensationellstes Erzeugnis als auch gigantische Bewegungskraft der neuen Industriegewalten ist. »Lassen Sie uns auf Einführung der Englischen Eisenindustrie in Deutschland bedacht sein«, agitiert Stein nach seiner Rückkehr.¹⁵ Er denkt an eine Verbesserung der Hochöfen, der Mischung des Eisens, der Gießereien sowie an die Errichtung von Schneide-, Walz- und Weißblechwerken.

Im Kraftfeld der Französischen Revolution

Während Stein die allmähliche Evolution von Staat und Gesellschaft mit der geduldvollen Schiebetaktik des subalternen Staatsdieners bewirken muss, eröffnet nicht weitab die wahrhaft politische Revolution eine neue Epoche. Gilt Britannien als ein weltpolitisches Musterland, wo der Übergang von feudalen zu bürgerlich-liberalen Strukturen im Ausgleich zwischen Adelsaristokratie und bürgerlichem Besitzstand erfolgt, so wird Frankreich zum Schmelztiegel grundstürzender Umwälzung: Unter Führung wechselnder Fraktionen der bürgerlichen Besitzklasse zerstören die Volksmassen im Kampf gegen innere und äußere Konterrevolution die Macht des Adels radikal. Es ist ein Unterschied, den die Zeitgenossen erst erfahren müssen und der auch Stein vor die Schwierigkeit stellt, ein eigenes Gegenwartsverständnis zu gewinnen.

Noch 1790 spricht er von »Freunden jenseits des Rheines«, findet er in den Sitzungsberichten der Pariser Nationalversammlung »viel Belehrendes«, das ihn berührt. Er wünscht sich, eine Zeitlang unter »diesem aufbrausenden gärenden Volk« zu leben und möchte nach Straßburg gehen.¹⁶ Solche Erwägungen sind mit geharnischten Ausfällen gegen Preußens »despotische Verfassung« und die Staatsbüro-

14 Matthew Boulton an Thomas Wilson, Birmingham, 17. März 1787, in: Stein. Briefe und amtliche Schriften, Bd. I, S. 266.

15 Stein an Reden, Wetter, 4. Mai 1788, ebenda, S. 280 ff.

16 Stein an Reden, Hamm, 10. Juli 1790 und Cleve, 14. Dezember 1790, ebenda, S. 298, 303.

kratie vermischt. Doch die Reise nach Straßburg, der Blick durch das französische Fenster auf den flammenden Herd der Umwälzung, kommt nicht zustande. Es vergehen kaum zwei Jahre, so wird der aufmüpfige Beamte durch die Dienstplichten im konterrevolutionären Krieg diszipliniert: als Verpflegungskommissar der Armee und diplomatischer Sonderbeauftragter muss Stein gegen die Revolution kämpfen.

Bei Valmy zwingen die Revolutionäre die Interventionsarmee Preußens zum kläglichen Rückzug, indes ihnen selbst der Vorstoß zum Rhein gelingt, wo sie Anhänger finden, die die Marseillaise singen, die Trikolore feiern. Anders Stein, bei dem von »Freunden jenseits des Rheines« nun nicht mehr die Rede ist. Befragt, was aus dem »Drängen von Menschen und Gedanken und Meinungen für Deutschland entstehen werde«, lautet am 5. März 1793 die Antwort: »Ich erwarte mir einen Krieg von mehreren Jahren, aber seine Einflüsse sind vortheilhaft, sie stellen Energie und Muth wieder her, sie geben einen Reiz zur Thätigkeit, sie werden die Abneigung gegen die scheußliche Nation der Franzosen vermehren.«¹⁷ Das ewige Kalkül politischer Rechner, die vom Krieg nach außen eine Reinigung im Innern erwarten, erscheint hier bei einem Kritiker des Absolutismus, der die Revolution aber nur bis zur Gründung der konstitutionellen Monarchie (1791) billigen mag. Bürgerliche Republik und zumal revolutionär-demokratische Jakobinerdiktatur werden mit Entsetzen verneint.

Mainz, die Hauptstadt der Rheinisch-deutschen Republik, wird zum Schauplatz, wo Deutsche gegen Deutsche stehen: auf den Festungswällen die »Freunde der Freiheit und Gleichheit«, die Weggenossen Georg Forsters – hinter den Schanzen der Belagerer etliche, die Rang und Namen haben oder gewinnen werden: Goethe, Heinrich von Kleist, Carl von Clausewitz und ebenso Stein. Als die Festung kapituliert, die französische Besatzung abzieht, die Mainzer Jakobiner aber gejagt und misshandelt werden, blickt Goethe mit humaner Betroffenheit auf den weißen Terror. Stein sieht und urteilt jetzt nur noch durch die Brille der Konterrevolution: »Der Ausdruck von Frechheit, dummem Uebermuth, Unsittlichkeit auf dem Gesichte der ausmarschierenden Garnison war unausstehlich, und es war nicht ein Gesicht unter ihnen, das man mit Behaglichkeit ansehen konnte.«¹⁸ Dieser Augen- und Tatzeuge hat soeben erst seine angestammten Güter in Nassau inspiziert, seine Verwalter und Bauern auf Treue und Redlichkeit geprüft. Er bejaht die Niederschlagung der Mainzer Republik – und tut dies mit Worten, die Revolution und Jakobiner nicht bloß als eine Bedrohung der Adelsprivilegien, sondern auch des bürgerlichen Besitzstandes denunzieren: Die Gefahr für »die Ruhe und Sicherheit des Eigenthums« sei durch diese Eroberung vom deutschen Reiche abgewendet.¹⁹

In die westfälischen Ämter zurückgekehrt, steigert Stein seinen Hass gegen alles Französische, ganz gleich, ob es ihm in Gestalten der Revolution oder der adligen Emigranten begegnet. Er wird den Baseler Frieden (1795) niemals billigen, durch den sich Preußen vom Kriegsschauplatz zurückzieht – nicht ohne Verlust des westlichen Rheinufers, aber auch mit der geheim-diplomatischen Abmachung, Einverständnis, sich durch Annexion deutscher Zwergstaaten

17 Stein an Frau von Berg, Cleve, 5. März 1793, ebenda, S. 350 f.

18 Stein an Frau von Berg, Hamm, 24. August 1793, ebenda, S. 359.

19 Ebenda (Hervorhebung – H. B.).

östlich des Rheins entschädigen zu können. Dennoch hat das Epochenereignis, haben Kampf und Sieg der Revolution, den Franzosenhasser zutiefst gezeichnet. »Seit 2 Jahren bin ich durch Situationen durchgerissen worden, die das Innerste meines Ideen und Empfindungs Systems angegriffen haben«, gesteht er dem Freund Reden am 22. Februar 1794. Er nennt Folgerungen, die hinfort Denken und Handeln bestimmen: »Freylich sollten unsere Bemühungen fortschreitend seyn [...]. Bildung der unteren Classen und Verbesserung ihres Zustandes scheint mir das sicherste Mittel, um Revolution zuvorkommen.«²⁰ Kulturelle und politische Verbesserungen für die bürgerliche Besitzklasse und das arbeitende Volk – zwecks Vermeidung einer gewaltsamen Revolution in Preußen und Deutschland! Diese auf Fortschritt und zugleich Abwiegelung zielende Idee bleibt allerdings angewiesen auf eine reformatorische Kraft, die höher stehen müsste als Stein in seinen preußisch-westfälischen Ämtern. »Aber wohin und wie, wer ist es, der uns leitet und mit starkem Arm dem Ziele näher rückt [...]?«²¹

In den folgenden Jahren empfindet Stein ein »tötendes Gefühl der Leere«. Er liest Plutarch, die Lebensbeschreibungen großer Griechen und Römer, um sich durch ihr Vorbild »gegen die zerstörenden Eindrücke verderbter und kleiner Umgebungen« zu schützen.²² Dem Hohenzollernprinzen Louis Ferdinand schreibt er unverblümt: »Die despotischen Regierungen vernichten den Charakter des Volkes, da sie es von den öffentlichen Geschäften entfernen und deren Verwaltung einem eingeübten, ränkevollen Beamtenheer anvertrauen.«²³ Solche Kritik wird zunehmend von Handlungen begleitet, die im Widerspruch zu den obersten Staatsbehörden erfolgen. Stein gibt Getreide, das vom Oberkriegskollegium in den Heeresmagazinen gehortet wird, zugunsten der notleidenden Arbeiterbevölkerung frei und zieht dadurch die scharfe Missbilligung einer königlichen Kabinettsorder auf sich.²⁴ Im Generalbericht an die Regierung vom 10. März 1801 vertritt er die Notwendigkeit, alle Bauern aus feudalarrechtlicher Bedrückung zu befreien und ihnen das Recht des ungeteilten Grundeigentums gegen eine angemessene Entschädigung des Adels zuzubilligen.²⁵ Überdies fordert er schützende Maßnahmen für die »arbeitende Classe« gegen die Lohndrückerei von Unternehmern.²⁶

Wir sehen nun einen Mann herangewachsen, der bei seiner Sisypheismühe für Preußens Staat und Gesellschaft den Absolutismus und den Feudalismus zunehmend und sogar grundsätzlich in Frage stellt. Von den Ideen der Aufklärung berührt, rezipiert er fernerhin Montesquieu und den gemäßigten Konstitutionalismus – nicht Rousseau und dessen demokratisches Prinzip der »Volkssouveränität«. Er schenkt Edmund Burke, dem englischen Konservativen, Beifall für dessen literarische Polemik gegen die Pariser Revolutionäre. Stein wird sich niemals zur universalhistorischen Bedeutung der Französischen Revolution bekennen. Aber als Mensch einer Epoche der Neuerungen und der Umbrüche hegt er Gedanken, die auch für Preußen ein verändertes Regierungssystem wünschen.

1804 erhält Stein von König Friedrich Wilhelm III. die Ernennung zum preußischen Finanz- und Wirtschaftsminister. Er folgt ihr in der Absicht, das hohe Amt für Reformen zu nutzen. So lässt er englische

20 Stein an Reden, Cleve, 22. Februar 1794, ebenda, S. 371 (Hervorhg. – H. B.).

21 Ebenda, S. 371.

22 Stein an Prinz Louis Ferdinand, Minden, 17. November 1796, ebenda, S. 439 (französ.).

23 Ebenda, S. 438 (französ.).

24 Kabinetts-Ordre an Stein, Charlottenburg, 29. Juni 1795, ebenda, S. 421.

25 Steins General-Bericht an das General-Direktorium über den Zustand der Provinz Minden-Ravensberg, Minden, 10. März 1801, ebenda, S. 508 ff.

26 Bemerkungen Steins zum Bericht der cleveschen Kammer, Wesel, 13. März 1798, ebenda, S. 471.

27 Stein: *Erinnerungen ans Vergangene*, Bd. IX, S. 870.

28 *Denkschrift Steins: »Darstellung der fehlerhaften Organisation des Kabinetts und der Notwendigkeit der Bildung einer Ministerialkonferenz«*, Berlin, 26./27. August 1806, ebenda, Bd. II/1, S. 208.

29 Helmut Bock: *Altpreußens Götterdämmerung. Tragikomische Impressionen*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 192 (Oktober 2006), S. 869 ff.; Derselbe: *Napoleon Bonaparte. Aufstieg und Sturz eines bürgerlichen Hegemonialpolitikers* (Pankower Vorträge, Heft 88), Helle Panke e. V., Berlin 2006, S. 19 ff.

30 Friedrich Wilhelm III. an Stein, Königsberg, 3. Januar 1807, in: *Briefe und amtliche Schriften*, Bd. II/1, S. 330.

31 Stein: *Nassauer Denkschrift* (im Juni 1807), ebenda, Bd. II/1, S. 394 f.

Maschinen für die fabrikmäßige Baumwollspinnerei einführen – und fördert nun in Preußen tatsächlich die Anfänge der industriellen Revolution. Er beseitigt die Binnen- und Provinzialzölle – und schafft Grundlagen für Preußens künftige Markteinheit. Er unterminiert die Bürokratie, der er doch selbst angehört – und wird sich die einseitigen Resultate im Lebensrückblick gutschreiben: »Verminderung des unnützen Schreibwerks, indem ich eine große Masse von leerem Papierkram ganz einstellte und die Selbständigkeit der unteren Behörden vermehrte.«²⁷ Er formuliert sogar die Quintessenz seiner Kritiken: »Der preußische Staat hat keine Staatsverfassung, die oberste Gewalt ist nicht zwischen dem Oberhaupt und Stellvertretern der Nation geteilt.«²⁸ Jedoch der Monarch will das absolute Königtum bewahren. Abermals straft er Stein mit einer Rüge – diesmal wegen einer streitbaren Eingabe, die gegen die geheimen und störenden Kabinettsräte des Königs gerichtet ist.

In den aufbrechenden Riss zwischen Monarch und Minister schmettert Kaiser Napoleon im Krieg von 1806/07 die Axt des bürgerlichen Militarismus. Bei Jena und Auerstedt stürzt das friderizianische Heerwesen Altpreußens durch die Gewalt, die unbezwingbar von außen kommt.²⁹ Mitten in Chaos und allgemeiner Flucht, als nur Charaktere wie Scharnhorst, Blücher, Gneisenau, wenige andere dem Ansturm entschlossen begegnen, sucht der König den siegreich vordringenden Eroberer zu besänftigen, indem er – schon während des Krieges – dessen Hofhaltung in Berlin und anderswo mit Preußens Kapitalien zu bezahlen verspricht. Als aber der Finanzminister sich verweigert, nennt ihn der König einen »widerspenstigen, trotzigem, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdiener«, auf dessen »fernere Dienste der Staat keine große Rechnung machen« könne.³⁰ Stein gewährt den verkappten Entlassungsbescheid und sorgt für klare Entscheidung. Noch am selben 3. Januar 1807 schickt er dem Hohenzollern sein Ministerportefeuille zurück. Dann reist er nach 27jähriger Amtstätigkeit für Preußen als ein unabhängiger Adliger zum Schloss seiner Väter.

Was der bald Fünfzigjährige dort findet, muss ihm jede Behaglichkeit verleiden. Seit dem Vorjahr ist das Staatsgebilde eines ganzen Jahrtausends – das deutsche Kaiserreich – abgeschafft. Zusammen mit fünfzehn weiteren Potentaten hat sich der Fürst des Landes Nassau in den Rheinbund und somit unter die Schirmherrschaft Napoleons begeben; auch er hat für den Gewinn eines Herzogtums dem Kaiser in Wien die Gefolgschaft aufgekündigt und den Sturz des Reiches bewirkt. Es ist ein Bruch in der deutschen Geschichte, den Stein um so tiefer empfindet, als seine reichsritterlichen Souveränitätsrechte zugunsten der Macht des Herzogs liquidiert sind und ihm dieser Bündnispartner des Kaisers der Franzosen als ein Verräter an der deutschen Nation erscheint. Er denkt an eine Alternative, die noch immer mit Preußen verbindet, aber auch seine Verwurzelung im ritterlichen Patriotismus des alten Reiches erkennen lässt.

Resultat ist die »Nassauer Denkschrift«.³¹ Eine Reform der preußischen Behördenstruktur soll die »Classe der Eigenthümer« an den lokalen und regionalen Staatsgeschäften unmittelbar beteiligen – und auch den bislang feudalhörigen Bauern soll ein Zugang zu bür-

gerlichen Freiheiten geöffnet werden. Stein denkt an Selbstverwaltungsorgane und Ständeparlamente, die den »Gemeingeist und Bürgersinn« heben, die »zerstreut liegenden Kenntnisse« benutzen, den »Einklang zwischen dem Geist der Nation, ihren Ansichten und Bedürfnissen, und denen der Staatsbehörden« herbeiführen: damit die »Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre« wieder belebt werden. Von unten nach oben sollen sich die freien Gemeinden, die Kreistage, die Provinziallandtage bis zu den »Reichsständen« ganz Preußens erheben. Als höchstes, aber noch unscharf gesehenes Ziel erscheint die Wiedergeburt des deutschen Reiches.

Das ist ein Entwurf, der den bürokratischen Staatsapparat teils einschränken, teils überflüssig machen will. »Der Formenkram und Dienst-Mechanismus [...] wird durch Aufnahme von Menschen aus dem Gewirre des praktischen Lebens zertrümmert, und an seine Stelle tritt ein lebendiger, fortstrebender, schaffender Geist und ein aus der Natur genommener Reichtum von Ansichten und Gefühlen.« In letzter Konsequenz verweist Stein den Adel aus den bequemen Lehnstühlen der Aristokratie und Privilegiertheit auf die härteren Bänke der bürgerlichen Rechtsgleichheit: »Alle Kräfte der Nation werden in Anspruch genommen, und sinken die höheren Classen derselben durch Weichlichkeit und Gewinnsucht, so treten die folgenden mit verjüngter Kraft auf, erringen sich Einfluss, Ansehen und Vermögen und erhalten das ehrwürdige Gebäude einer freien, selbständigen, unabhängigen Verfassung.« Steins Hauptsatz lautet klar: »Soll die Nation veredelt werden, so muss man dem unterdrückten Theile derselben Freiheit, Selbständigkeit und Eigenthum geben und ihm den Schutz der Gesetze angedeihen lassen.« Allerdings argumentiert das Konzept nur im Namen von »Eigentümern«: Minderbemittelte und Besitzlose der »arbeitenden Classe« bleiben stillschweigend zur politischen Unmündigkeit verdammt.

Das Memorandum ist Zeugnis eines individuellen Denkvorgangs, ungestört von Amtsgeschäften und politischen Rücksichten. Da zeigt sich, dass neben Erfahrung und Staatsgesinnung des entlassenen Ministers auch Geschichtsdenken und Standesgesinnung des Reichsriters nachwirken. Stein besinnt sich auf Institutionen des Mittelalters, wo Adel, Bürger und Bauern in »quasi-demokratischen« Ständerepräsentationen ihre eigenen Interessen gegenüber dem Fürsten vertraten, wo die Landesangelegenheiten und das Gemeindewesen noch nicht der besoldeten, zunehmend volksfremden Bürokratie überantwortet waren. Es ist dieses Idealbild »altdeutscher Freiheit«, das die Abneigung gegen das Staatsbeamtentum des Absolutismus bestärkt und die Teilnahme gewählter Vertreter der genannten Stände an den inneren Staatsgeschäften wünschen lässt. Ziel dieses Reformdenkens ist die sittliche Veredelung des Volkes durch staatsbürgerliche Arbeit: damit »den Kräften der Nation eine freie Thätigkeit und eine Richtung auf das Gemeinnützige« gegeben werde – anstatt auf »müßigen sinnlichen Genuss«, »leere Hirngespinnste der Metaphysik« oder »Verfolgung bloß eigennütziger Zwecke«.

So spricht Steins handfester Moralismus. Dieser gründet sich weniger auf Deduktionen der Philosophie als auf nützliche Tugendlehre und lutheranische Pflichtauffassung. Wie weit entfernt dieses Denken von Kants Kosmopolitismus, Fichtes Nationalerziehung und zu-

mal Wilhelm von Humboldts individualistischem Bildungshumanismus auch sein mag – mit diesen gemeinsam hegt Stein den Fortschrittsglauben des 18. Jahrhunderts an die Entwicklungsfähigkeit des Menschen und seiner sozialen Beziehungen. Auch sein Freiheitsbegriff lebt von der Überzeugung, dass sich der Mensch erst im Dienst an der Gemeinschaft zur freien, sittlichen Persönlichkeit erheben kann. Stein-Biograf Gerhard Ritter wird dies (nicht frei von nationalistischer Einfärbung) als den »Grundgedanken des ganzen älteren deutschen Liberalismus im Gegensatz zur Utilitätsphilosophie der westlichen Revolutionäre« bezeichnen.³² Doch in Stein lebt tatsächlich die Auffassung: Nicht die Anhäufung von Macht und Reichtum, von materiellen Gütern, sei das herrschende Prinzip wahrer Politik, sondern die moralische Erziehung des Menschen und künftigen Staatsbürgers.

32 Gerhard Ritter: Stein, S. 198.

Leitender Reformminister

Während solcher Denkkoperationen vollzieht Napoleon den militärischen Sieg Frankreichs über Preußen und Russland. Er einigt sich mit dem Zaren gütlich und gewinnt diesen als Teilnehmer der Kontinentalsperre gegen England. Dem Hohenzollern hingegen wird am 9. Juli 1807 der Raubfrieden von Tilsit diktiert, wodurch Preußen die Hälfte seines Staatsgebietes verliert: sämtliche Territorien westlich der Elbe und fast alle ehemals polnischen Gebiete. Napoleon wird die annektierten Länder für liberalistische Reformen benutzen und wie ein Sporn in die Flanken des Reststaates Preußen treiben. Von dessen Provinzen sind nur Ostpreußen, Westpreußen und litauische Gebiete der Regierung Friedrich Wilhelms III. unmittelbar unterstellt. Brandenburg, Pommern und Schlesien sollen hingegen so lange von französischen Truppen besetzt bleiben, bis Preußen eine Kriegskontribution an Frankreich zahlt. Deren Summe steigert Napoleon willkürlich von 73 auf 154 Millionen Franken. Weil der preußische Staat nicht zahlen kann, werden die Staatseinnahmen in den besetzten Provinzen konfisziert und überdies die Unterhaltskosten für 157 000 Besatzungssoldaten eingetrieben.

Der Eroberer beeinflusst sogar die Neubildung des preußischen Regierungskabinetts. Er empfiehlt die Wiederberufung Steins in dem Glauben, der in Ungnaden entlassene Finanzfachmann sei vor den Karren der französischen Interessen zu spannen. So kommt es, dass sich Friedrich Wilhelm III. an seinen unliebsamen Staatsminister erinnert, der vielen nun als fähig erscheint, dem geschundenen Königreich als leitende Gestalt vorzustehen. Mit großzügigem Verzicht auf jede individuelle Bedingung nimmt Stein die Berufung an.

Inzwischen hat der Monarch Regierungskommissionen zur provisorischen Staatsverwaltung einsetzen müssen: zumeist ostpreußische Beamte, die durch bürgerlich-liberalistische Praxis und Theorie geprägt sind – den früheren Seehandel ihrer Provinz mit England, die Freihandelslehre des Schotten Adam Smith, die an Königsbergs Universität gelehrt, die Aufklärungsideen Kants und des Nationalökonom Jacob Kraus. In der tiefsten Krise der Monarchie haben die Beamten dem König eine Reform der Eigentumsverhältnisse vorgeschlagen, die den bürgerlichen Wohlstand verbessern und eine darauf basierende Erhöhung der staatlichen Steuereinnahmen ermögli-

chen soll. Die neuen Gesetzentwürfe sind nahezu fertig, als Stein am 4. Oktober 1807 in der Residenz zu Memel das Amt des Ersten Staatsministers übernimmt. Durch ihn werden die Pläne des ostpreußischen Liberalismus modifiziert: Denn Stein, der kein bedingungsloser Anhänger der Freihandelslehre ist, hat in seinen langen Dienstjahren auch maßlosen Eigennutz von Wohlhabenden und Gebildeten erfahren, so dass er den notwendigen Freiheiten des Individuums im Namen des Gemeinwohls durchaus noch gesetzliche Schranken belassen will. Der Gegensatz zwischen individualistischer Freiheitsauffassung und humanem Konservatismus charakterisiert das Arbeitsklima des von Stein geleiteten Regierungskollegiums.

Die preußischen Reformen beginnen bereits am 9. Oktober 1807 mit Paukenschlag: Stein eröffnet für ganz Restpreußen die Reformen, die das System des Feudalismus aufsprengen, den langfristigen Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Staat und die freiere Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft initiieren.³³ Das historische berühmte »Oktoberedikt« proklamiert die »Güterfreiheit«, indem es die Heilige Kuh des privilegierten Adels – den Grundbesitz – von allen Beschränkungen des Kaufes und des Verkaufes entbindet, Bürgern und Bauern gestattet, Rittergüter zu erwerben, Adligen aber auch, ihren gutsherrlichen Landbesitz zu vergrößern und Unternehmer zu werden. Außerdem wird die feudale Erbuntertänigkeit der Bauern mit Wirkung vom 11. November 1810 aufgehoben. Damit endet der Gesindezwangsdienst; die Bauern und ihre Angehörigen gewinnen für individuelle Entscheidungen (Wohnsitz, Berufswahl, Heirat etc.) die Freiheit der Persönlichkeit. »Nach dem Martini-Tage 1810 gibt es nur freie Leute«, lautet die entscheidende Aussage, die die Bauernmassen für die Schicksalsfragen ihres Vaterlandes gewinnen soll.

Wie die Agrarumwälzung des napoleonischen Protektoratstaats »Westphalen«, so steht auch die preußische Reform im Gegensatz zur Französischen Revolution. Die Jakobiner haben die Agrarfrage bekanntlich auf revolutionär-demokratische Weise entschieden: den Emigrantenadel enteignet, den Anspruch aller Adligen auf Entschädigung verworfen, einen erheblichen Teil des Bodens in Parzellen an freie Bauern vergeben – alles in allem eine Konsequenz, die die wirtschaftliche Basis des bereits politisch entmachteten Standes beseitigt hat. Anders in Preußen. Das Land bleibt Eigentum der Großgrundbesitzer, und der Bauer, der im formalen Sinne des Gesetzes sehr bald als Person »frei« sein wird, aber auf einem Landstück des Grundherrn wohnen bleibt und wirtschaftet, muss diesem übergeordneten Eigentümer als Entgelt für die Bodennutzung weiterhin Renten in der Form von Frondiensten und Abgaben entrichten. Im Gegensatz zur agrarischen Umwälzung im »Königreich Westphalen« behalten die Gutsbesitzer in Preußen außerdem noch den feudalen Rechtstitel der lokalen Gerichts- und Polizeigewalt (»Patrimonialgerichtsbarkeit«), der dem Rittergutsbesitz als zugehörig gilt. Ist dies eine einstweilige Akzeptanz überkommener Privilegien, so erlaubt die neue Gesetzgebung im Namen der liberalistischen »Güterfreiheit« den Rittergutsbesitzern obendrein, den früher an die Bauern vergebenen Boden zwecks Vergrößerung der Gutsbetriebe wieder

33 Edikt, den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betreffend, Memel, 9. Oktober 1807, in: Das Reformministerium Stein. Akten zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte aus den Jahren 1807/08, Bd. I, hrsg. von Heinrich Scheel, Berlin/DDR 1966, S. 11 ff.

einzuziehen. Preußens Agrarreform wird folglich durch ein Dekret eingeleitet, das die wirtschaftliche und politische Macht des Adels nicht zerstört, sondern in einen neuen eigentumsrechtlichen Status überführt.

Das Edikt ist allerdings ein Kompromiss, mit dem die Reformer sowohl ihre eigenen Meinungsverschiedenheiten als auch ihren gemeinsamen Gegensatz zum herrschenden Adel auszugleichen versuchen. Stein selbst tritt für wirtschaftlich starke Bauernwirtschaften ein – zumal er in der Landbevölkerung die Steuerzahler für den Staat, die Ständevertreter für die lokalen Selbstverwaltungsorgane und die regionalen Vertretungskörper, die Patrioten für das Vaterland gewinnen will. Er muss aber der liberalistischen Doktrin seiner Mitarbeiter entgegenkommen, die gemäß ihrem englischen Vorbild eine auf Großgrundbesitz beruhende und rationell betriebene Landwirtschaft anstreben. Doch alle Reformer gemeinsam sehen sich den wütenden Angriffen des Landadels ausgesetzt, der gegen die Aufhebung des Gesindezwangsdienstes protestiert und demagogisch die »Freiheit des Bauernlegens« beansprucht.

Stein ist bei seinem Amtsantritt sogleich in den Strudel des staatlichen Notstands und einen Handlungszwang geraten, der ihm das »Oktober-Edikt« überstürzt abverlangt hat. Jetzt aber sinnt er auf bauernfreundliche Korrekturen. Gegen die großagrarischen Absichten seiner liberalistischen Mitarbeiter einerseits und des Landadels andererseits bewirkt er die Verordnung vom 14. Februar 1808: Danach müssen die Rittergutsbesitzer von der Hälfte des Landes, das sie durch »Bauernlegen« einziehen, neue und unabhängige Bauernstellen schaffen.³⁴ Allerdings kann Stein diese mittelbäuerlichen Höfe nur durch die Preisgabe einer großen Masse kleiner Bauern erkaufen, die durch Einziehung der anderen Hälfte des Landes in bezitzlose Tagelöhner verwandelt werden.

Mit dem Argument, die Masse der steuerzahlenden Eigentümer müsse zum Wohle des Staates vergrößert werden, gewinnt der Minister den Monarchen auch für die weitere Verordnung vom 27. Juli 1808: Die Bauern auf den königlichen Besitzungen (Domänen) in Ostpreußen, Westpreußen, den litauischen Gebieten – immerhin 47 000 Familien – gewinnen die von ihnen besiedelten Grundstücke als freies, ungeteiltes Eigentum.³⁵ Stein lässt den feudalen Mühlenzwang, eine profitable Einnahmequelle der Rittergutsbesitzer, liquidieren. Er plant sogar die Abschaffung der adligen Steuerbefreiung und der Patrimonialgerichtsbarkeit, wodurch er den gesteigerten Junkerhass auf seine eigene Person zieht.

Der Erste Staatsminister und seine Mitarbeiter suchen zwei weitere Reformen erfolgreicher zu verwirklichen, die in der »Nassauer Denkschrift« bereits vorgedacht worden sind. Eine neue Organisation der oberen Staatsbehörden soll deren sachliche Zentralisation bewirken. Höchstes Organ des Königreiches wird eine Staatsregierung, die in moderner Weise aus verantwortlichen Ressortministern für Inneres, Finanzen, Auswärtiges, Kriegswesen und Justiz besteht. Das Staatsterritorium wird in Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise gegliedert, deren Behörden von Provinzialregierungen, Bezirkspräsidenten und Landräten zu leiten sind. Weil Stein aber ein Gegner des autoritären Bürokratismus und der Volksfremdheit des

34 Verordnung wegen Zusammenziehung bäuerlicher Grundstücke oder Verwandlung derselben in Vorwerkmland mit Bezug auf [...] Edikt vom 9. Oktober 1807 [...]. Für die Provinzen Ostpreußen, Litauen und Westpreußen, Königsberg, 14. Februar 1808, ebenda, Bd. I, S. 369 ff.

35 Verordnung wegen Verleihung des Eigentums von den Grundstücken der Immediateinsassen in den Domänen von Ostpreußen, Litauen und Westpreußen, Königsberg, 27. Juli 1808, ebenda, Bd. II, S. 693 ff.

Staates ist, ergänzt er die rational gegliederte Behördenstruktur durch staatliche und gesellschaftliche Kontrollorgane. An der Spitze soll das Kollegium eines Staatsrates, dem auch die Minister angehören, die Leitung und Kontrolle des gesamten Staatsapparats übernehmen. Neben die Behörden aller unteren Ebenen sollen Ständeversammlungen und Selbstverwaltungen treten. Diese Reorganisation des Staates Preußen wird am 24. November 1808 durch königliche Verordnung genehmigt.³⁶

Das geschieht nun ein ganzes Jahr nach Napoleons bürgerlich-liberalistischer Konstitutionsakte für den Protektoratstaat »Westphalen«, dessen Staatsgrundgesetz die erste geschriebene und öffentlich proklamierte Verfassung in Deutschland ist.³⁷ Angesichts dieser Herausforderung enthält die Verordnung des Preußenkönigs jetzt auch die Absichtserklärung, »Reichsstände« für die Monarchie – eine Art parlamentarischer Vertretung – genehmigen und ebenfalls durch eine Verfassung garantieren zu wollen. Es ist ein Zugeständnis, das der Monarch in Krisenzeiten noch zweimal wiederholen, schließlich aber auf den Sankt-Nimmerleins-Tag seiner Regentszeit verschoben wird.

Eine tatsächliche Repräsentation und Selbstverwaltung verwirklicht Steins regierendes Kollegium in den Städten, wo Gewerbe und Industrie konzentriert sind und reiche Steuerquellen fließen. Bislang hat die Bürgerschaft unter der Aufsicht des königlichen Steuerrats und des Garnisonkommandanten gestanden. Aber durch die »Ordnung für sämtliche Städte der preußischen Monarchie« vom 19. November 1808 wird die städtische Selbstverwaltung mit sofortiger Wirkung eingeführt. Gemäß der Maxime, dass die freie Gemeinde die grundlegende Existenzform politischer Freiheit ist, erhalten die Stadtgemeinden eine Autonomie für Haushalt und Steuersachen, Armenfürsorge, Kirchen-, Schul- und Gesundheitswesen. Aus dieser gesetzlichen Funktion ergeben sich antifeudale Neuerungen. War das Bürgerrecht bislang ein Privileg, so muss jetzt jeder unbescholtene Einwohner, der über Grundbesitz oder ein bemessenes Jahreseinkommen verfügt, als Bürger mit aktivem und passivem Wahlrecht anerkannt werden: Er wählt in gleicher und geheimer Wahl eine Stadtverordnetenversammlung, deren ehrenamtliche Mitglieder nicht mehr Vertreter von Korporationen und Zünften, sondern individuelle Repräsentanten der gesamten Gemeinde sind. Diese wählen den Magistrat als ausführendes und verantwortliches Organ. Die Wahlfunktionen sind Ämter auf Zeit.³⁸

Diese Städteordnung übernimmt Elemente der französischen Munizipalverfassung, ist also Steins sichtliche Anlehnung an ein Resultat der Französischen Revolution. Während seine Entwürfe für die Provinziallandtage ständisch-korporativer Überlieferung verpflichtet bleiben, siegt hier das bürgerliche Repräsentativdenken auf der Grundlage persönlicher Freiheitsrechte. Die städtische Selbstverwaltung ist ein erster, entscheidender Schritt zur kommunalpolitischen Verantwortung der bürgerlichen Klassen in Preußen. Sie wird das patriotische Bewusstsein erheblich stärken.

Ein viertes Reformbemühen gilt dem Militärwesen. Eine Kommission unter der Leitung des Generalmajors Scharnhorst, der die weiteren Offiziere Gneisenau, Boyen, Grolman und als Mitarbeiter

36 Verordnung, die veränderte Verfassung der obersten Verwaltungsbehörden in der Preußischen Monarchie betreffend, Königsberg, 24. November 1808, ebenda, Bd. III, S. 1088 ff.

37 Helmut Bock: Stachel im Fürstenfleisch. Napoleons deutsches Musterland, in: Napoleon Bonaparte, S. 40 ff.

38 Ordnung für sämtliche Stände der preußischen Monarchie, Königsberg, 19. November 1808, in: Das Reformministerium Stein, Bd. III, S. 1038 ff.

der junge Clausewitz angehören, folgert aus Frankreichs militärischer Überlegenheit die Notwendigkeit einer Heeresreform, die allerdings bis 1813 dauern wird. Ihre zentrale Aufgabe ist die Volksbewaffnung auf der Grundlage allgemeiner Wehrpflicht der männlichen Staatsangehörigen. Das bedeutet nichts weniger als den vollständigen Umbruch der preußischen Militärverfassung: die Ablösung der friderizianischen Feudalarmee gedungener Söldner und gepresster Untertanen durch eine Armee bürgerlich freier Soldaten – verbunden mit allen Neuerungen der Heeresorganisation, Feldzugsstrategie und Gefechtstaktik. Als Erster Staatsminister nimmt Stein an den Beratungen und ihren Beschlüssen teil.

Es fragt sich nun, ob dieses ganze System sozialer und politischer Reformen nur die Erneuerung Preußens im Innern bezweckt – oder ob von Anfang an auch das außenpolitische Ziel eines Kampfes für die Unabhängigkeit von Frankreichs Vorherrschaft beabsichtigt ist. Den Generalen der napoleonischen Besatzungsmacht erklärt Stein: Die Reformen seien der »zivilisatorische« Fortschritt, den Napoleon selbst so sehr wünsche, damit die Kriegskontribution gezahlt werde. Doch über den Zusammenhang aller Reformen mit dem Ziel der nationalen Erhebung sagt er in seiner Autobiographie unmissverständlich: »Man ging von der Hauptidee aus, den sittlichen, religiösen, vaterländischen Geist in der Nation zu heben, ihr wieder Muth, Selbstvertrauen, Bereitwilligkeit zu jedem Opfer für Unabhängigkeit von Fremden und für Nationalehre einzuflößen, um die erste Gelegenheit zur Unternehmung des blutigen wagnisvollen Kampfes für beides zu ergreifen [...].«³⁹ Theodor v. Schön, Steins Mitarbeiter, bezeugt ebenfalls: »Einig waren wir unbedingt darin, dass das französische Joch abgeschüttelt und Selbständigkeit erlangt werden sowie dass unser Staat seine verrotteten Institutionen verlassen und angemessene Einrichtungen zum Fortschritt und zur Belebung des Volkes treffen müsse.«⁴⁰

Steins Sturz

Die patriotischen Absichten erfahren im Frühjahr 1808 eine plötzliche und nachhaltige Ermütigung. Ein Volksaufstand in Spanien zwingt Napoleon, seine in Preußen befindliche Armee für den Krieg auf der Pyrenäenhalbinsel abzuziehen. Der spanische Volks- und Guerillakrieg ist das Fanal, das den Empörungsgedanken der Reformer aktiviert: Bewaffnete Insurrektionen der Massen sollen die Operationen der regulären Armee unterstützen. Mit Denkschriften bestürmen Stein, Scharnhorst und Gneisenau ihren Monarchen, um ihn für die nationale Erhebung zu gewinnen. Stein selbst schreibt am 11. August 1808: »Es muss in der Nation das Gefühl des Unwillens erhalten werden über den Druck und die Abhängigkeit von einem fremden [...] Volke. [...] Man muss gewisse Ideen über die Art, wie eine Insurrektion zu erregen und zu leiten ist, verbreiten und beleben.«⁴¹

Insurrektion, bewaffneter Volksaufstand zur Unterstützung der Armee! – das ist ein Plan, den preußische Staatsminister zuvor nie zu denken, geschweige denn in offiziellem Memorandum zu äußern wagten. Insbesondere Gneisenau ist der politische Kopf, der jetzt die nationale Alternative gegen Napoleon und den Rheinbund formuliert – die Schaffung eines norddeutschen Nationalstaats: Die Reformen

39 Stein: Erinnerung ans Vergangene, in: Briefe und amtliche Schriften, Bd. IX, S. 878.

40 Th. von Schön: Aus den Papieren, Bd. 4, o. O. u. J., zit. nach Karl Obermann: Bemerkungen über die soziale und nationale Bedeutung der preußischen Reformbewegung unter dem Ministerium des Freiherrn vom Stein, in: Die Volksmassen – Gestalter der Geschichte, Berlin 1962, S. 135.

41 Max Lehmann: Freiherr vom Stein, Leipzig 1921, S. 318; siehe auch F. Thimme: Zu den Erhebungsplänen der preußischen Patrioten im Sommer 1808, in: Historische Zeitschrift, Nr. 86 (1901); Franz Herre: Freiherr vom Stein, S. 198.

in Preußen sollen auch andere Deutsche ermutigen, unter der Hohenzollernkrone für die Unabhängigkeit des gemeinsamen Vaterlandes zu kämpfen. Es sollen sogar revolutionär-demokratische Maßnahmen eines Volksbefreiungskriegs angewandt werden – so die Absetzung aller nicht zum Kampf bereiten Obrigkeiten, die Enteignung unpatriotischer Adliger, die entschädigungslose Übergabe des Bodens an patriotische Bauern und nicht zuletzt: die Entmachtung der Rheinbundfürsten.⁴² Es sind radikalpolitische Ideen, die aus dem Epochenerlebnis der Französischen Revolution gewachsen und durch Friedrich Schillers freiheitliche Dramen, zumal »Wilhelm Tell«, ermutigt sind. Die Reformer lassen insgeheim schon gleichgesinnte Beamte, Offiziere, Intellektuelle und Priester mobilisieren, die das Volk agitieren und Rüstungen vorantreiben. Illegale Aufstandskomitees knüpfen ein Netzwerk zu den französisch besetzten Festungsstädten, den norddeutschen Häfen, den ehemals preußischen Gebieten des »Königreiches Westphalen«, dem Emigrantenzentrum Prag und sogar zum Wiener Kaiserhof.

Gerade jetzt verstärkt der gegnerische Adel seinen Widerstand gegen Steins Ministerium; er wittert die drohende Tendenz, dass sich die antif feudale Politik mit Hilfe des Unabhängigkeitskampfes radikalieren werde. So überschüttet nunmehr der Landadel den König mit Beschwerdeschriften. Er boykottiert in den Provinzen die Bekanntmachung der neuen Agrargesetze, und weil er die alte Ausbeutungsweise mit gutsherrlicher Gewalt aufrecht erhält, gären Bauernunruhen in Schlesien. Eine Gruppe der Hofkamarilla, die seit der Katastrophe bei Jena und Auerstedt für Preußens andauernden Kniefall vor Napoleon wirkt, stellt sich gegen die außenpolitischen Absichten der Reformer: Nur Unterordnung unter die Wünsche des Kaisers der Franzosen und Anlehnung an seinen Verbündeten, den russischen Zaren, gebe der Hohenzollerndynastie eine historische Überlebenschance. Dieser Gegensatz zwischen den Reformpatrioten und den widerständischen Adelsfraktionen führt zu Ereignissen, die das Staatsministerium zu Fall bringen.

Heftige Leidenschaft und Ungeduld des Ersten Ministers veranlassen selbst die Katastrophe. Eine Sendung unverschlüsselter Briefe, in denen er persönlich den spanischen Volkskrieg als beispielhaft für die Deutschen rühmt und sogar Angaben über Aufstandsvorbereitungen im »Königreich Westphalen« macht, wird an die Franzosen verraten. Diese verhaften den Kurier, finden die kompromittierenden Schriftstücke und schicken sie umgehend nach Paris.⁴³ Die kriegerischen Absichten des Ministeriums sind enthüllt.

Der Vorfall kommt Napoleon gelegen. In der ungünstigen Situation, Preußen auch ohne vollständige Kontributionszahlung räumen zu müssen, bekommt er den politischen Trumpf in die Hand, den Hohenzollern zu erpressen. Er zwingt dessen Unterhändler am 8. September 1808 zur Annahme einer wiederum knechtenden Konvention. Auf die subversive Tätigkeit des Ersten Ministers reagiert er mit despotischer Kürze: »Stein, der Unruhen in Deutschland zu erregen sucht, wird für einen Feind Frankreichs und des Rheinbundes erklärt. [...] Persönlich wird besagter Stein überall, wo er von unsren oder unsrer Verbündeten Truppen erreicht werden kann, verhaftet.« Steins Güter in Nassau werden konfisziert.⁴⁴

42 Neidhardt von Gneisenau: Denkschrift vom Sommer 1808 über die Idee eines Volksaufstandes, in: *Ausgewählte militärische Schriften*, hrsg. von Gerhard Förster u. Christa Gudzent, Berlin/DDR 1984, S. 117 ff.; Derselbe: *Aus der Konstitution für die allgemeine Waffenerhebung des nördlichen Deutschlands gegen Frankreich vom August 1808*, ebenda, S. 122 ff.

43 Stein: *Briefe und amtliche Schriften*, Bd. II/2, S. 817 f. Da die Originalschreiben verschollen sind, wird ihr Inhalt aus französischen Zeitungsnachrichten entnommen. Siehe: *Das Reformministerium Stein*, Bd. III, S. 898, Anm. 1.

44 Zit nach Lehmann: *Freiherr vom Stein*, S. 349.

Friedrich Wilhelm III. hat Stein und seine Reformhelfer als eine Kraft gewähren lassen, die er ebenso beargwöhnte wie er sie benötigte, die Dynastie und den Staat aus der akuten Krise zu reißen. Jetzt klafft der offene Widerspruch zwischen den Interessen des Königs, den Bestand der Hohenzollerndynastie in Preußen zu retten, und den auf die Befreiung ganz Deutschlands gerichteten Reformern. Hinter dem Rücken seines Staatsministers ratifiziert der Monarch den neuen Vertrag mit Frankreich. Zum zweiten Mal muss Stein seinen Abschied einreichen. Er bewirkt noch die rechtliche Inkraftsetzung der Behördenreform und der Städteordnung – und scheidet am 24. November 1808 aus dem Amt. Dem Zugriff der Franzosen und ihrer Verbündeten entweicht er in die österreichische, später russische Emigration, wo er als ein führender Kopf des antinapoleonischen Widerstands der Deutschen fortwirken wird.

Napoleons Befehl und die diplomatische Unterwerfung des Preußenkönigs zerschneiden das Reformwerk eines Mannes, dessen Absichten über die vollzogenen Wandlungen erheblich hinausreichen. Das »Politische Testament«, das Stein seinen Mitarbeitern und Nachfolgern hinterlässt, bezeichnet weitere Schritte der bürgerlichen Umgestaltung.⁴⁵ An der Spitze steht die politische Entmachtung des Landadels durch Beseitigung der gutsherrlichen Polizeigewalt, der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Gesindeordnung. Dann werden weitere Reformen verlangt: Einführung der preußischen Nationalrepräsentation mit dem Wahlrecht für männliche Staatsbürger, Liquidation der Geburtsprivilegien des Adels, Abschaffung der bäuerlichen Frondienste, patriotische Erziehung und Bildung des Volkes, Proklamation der allgemeinen Wehrpflicht. Mit Ausnahme der letzteren wird Steins Vermächtnis nicht erfüllt. Jedoch es sind nicht nur die wirklichen Gedanken und Taten, die das Wirken und Wollen historischer Persönlichkeiten bezeugen. Auch die entworfenen Ideen, überlieferten Pläne, gescheiterten Absichten müssen in den Annalen der Geschichte unvergessen bleiben.

Freilich wird über Steins Sturz in Preußen triumphiert. Junker von der Marwitz und General Yorck schimpfen den Leiter der begonnenen Reformen ein »Haupt der Verräter«, die »die Revolution ins Land brachten«.⁴⁶ Ins gleiche Horn stößt Napoleons abziehende Besatzungsmacht. So lautet die Proklamation, die der Marschall Davout am 30. November 1808 an die Berliner Bevölkerung richtet: »Hier so wie überall gibt es überspannte Köpfe und Abenteurer, welchen der Umsturz aller Ordnung und jede Neuerung ein Gegenstand der Hoffnung und ein Bedürfnis ist; diese schädlichen Köpfe sind im Zaum gehalten worden. Der Adel, die Eigenthümer, die Geistlichkeit, der Bürger und der Kaufmann und alle Einrichtungen, auf welchen die gesellschaftliche Ordnung beruht, sind gegen alle Versuche jener Neuerer verteidigt worden.«⁴⁷ So weit entfernt steht Frankreichs Kaisertum im Jahre 1808 von der revolutionären Republik des Jahres 1793, die Steins große und schwierige Herausforderung war. Napoleons Hegemonialpolitik fürchtet im preußischen Reformpatriotismus die Vereinigung bürgerlicher Erneuerung mit den Absichten des deutsch-nationalen Widerstands.

45 Minister Freiherr vom Stein an die Mitglieder des Generaldepartements (das sog. »Politische Testament«), in: Das Reformministerium Stein, Bd. III, S. 1136 ff.

46 Friedrich August Ludwig von der Marwitz: Ein märkischer Junker im Zeitalter der Befreiungskriege, hrsg. von F. Meusel, Bd. 1, Berlin 1908, S. 492.

47 Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen, Nr. 144 vom 1. Dezember 1808.

Postskriptum

Als Erster Minister der preußischen Staatsregierung von 1807 bis 1808 personifiziert Stein den Beginn der Preußischen Reformen. Diese wurden seit 1810 unter der Leitung des Staatskanzlers Hardenberg fortgesetzt. Ideen und Werk beider Regierungen haben in der Geschichtsschreibung zur Unterscheidung zwischen »zwei Tendenzen« der Reformen geführt: der von Stein vertretenen »gemäßigten, mit dem Humanismus der Feudalzeit gemischten« und der von Hardenberg vollzogenen »rein kapitalistischen« Tendenz.

Jürgen Kuczynski urteilte über den Beginner der Reformen: »Stein war kein Vertreter des Kapitalismus und neigte mehr dem zu, was man ›feudalen Humanismus‹ nennen kann.«⁴⁸ Im Gegensatz zu seinen liberalistischen Mitarbeitern, die von England das Beispiel einer auf großen Gütern betriebenen kapitalistischen Landwirtschaft zu übernehmen gedachten, wollte Stein die Bauern vor sozialer Entwurzelung, die »arbeitende Classe« vor Willkür des Reichtums und der Reichen schützen. Das geschah gemäß den tief empfundenen Fürsorgepflichten des Altadligen, den Erfahrungen seiner ökonomisch-sozialen Amtstätigkeit und seinem Gegensatz zur Französischen Revolution: »Bildung der unteren Classen und Verbesserung ihres Zustandes« sollten der »Revolution zuvorkommen«. Weil aber Preußen und Deutschland unter die Vorherrschaft Frankreichs gerieten, sollten die bürgerlichen Reformen das Volk auch für den Unabhängigkeitskampf gegen das napoleonische Hegemonialsystem gewinnen. So wurden Stein und seine reformpatriotischen Mitstreiter zu Schrittmachern der vaterländischen, sogar rebellischen Bewegung, die 1813 das Bündnis der Fürsten mit Napoleon sprengte und den nationalen Krieg gegen ihn erzwang. Dass aus den begonnenen Preußischen Reformen letztendlich eine Gesellschaft des Kapitalismus der freien Konkurrenz, des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit, des sozialen Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat hervorgehen würde, entsprach nicht Steins Erwartungen, nicht seiner historischen Perspektive.

Anders erscheint die Gestalt des zweiten namhaften Reformers. Karl August v. Hardenberg war unter mehreren deutschen Fürsten und Dienstherren als Verwaltungsbeamter und Diplomat gewachsen. Seinem Wesen nach ganz Staatsbürokrat, folgte er aus der Französischen Revolution und ihrem Werdegang zum postrevolutionären Staatswesen Napoleons eine von Preußens monarchischer Regierung selbst geleitete »Revolution von oben«.⁴⁹ Wie Kaiser Napoleon die bürgerlich-liberalistischen Errungenschaften der Revolution bewahrte, aber die autoritäre Macht des Staates, gestützt auf Beamten-schaft und Militär, wiederherstellte, so vertrat Hardenberg ein Konzept der Bewilligung liberalistischer »Freiheit« und »Gleichheit«, aber auch der Kräftigung des Staats der Hohenzollern. Zu diesem Zweck erstrebte er die Verwandlung aller Untertanen in staatlich verpflichtete Steuerbürger und die Zulassung einer preußischen »Nationalrepräsentation«, die in Wirklichkeit allerdings nur kurzfristig als ein konstitutionelles Feigenblatt der Autorität des Monarchen existierte. Hardenberg selbst konzipierte diese Institution als eine Landesvertretung von steuerzahlenden, deshalb auch wahlfähigen

48 Jürgen Kuczynski: Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche, Berlin/DDR 1975, S. 71.

49 Karl August von Hardenberg: Rigaer Denkschrift vom 12. September 1807, in: Die Reorganisation des Preußischen Staates unter Stein und Hardenberg, 1. Teil / 1. Band, hrsg. von Georg Winter, Leipzig 1931 (Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven 93), S. 302 – 363.

Besitzbürgern, die Probleme des Staats und der Gesellschaft nur beraten und formulieren durften, indes die politischen Aktivitäten alleinige Sache der Bürokratie blieben. Steins Argwohn gegen »Dienstmechanismus« und Volksfremdheit des Beamtenapparats, sein Bemühen um Selbstverwaltung und gemeinnützig tätige Ständevertretungen der Staatsbürger waren Napoleon wie auch Hardenberg fremd.

Für den Staatskanzler waren die andauernden Kontributionsforderungen des Kaisers der Franzosen ein unmittelbarer Beweggrund seiner Reformen – es war denn auch ein Finanzedikt, mit dem sein Wirken begann. Er vermehrte den Zufluss von Steuern durch den Verkauf von königlichen Domänen, die Beschlagnahme und Veräußerung von Kirchengütern, die Zulassung der Juden (darunter finanzkräftige Bankiers- und Kaufmannsfamilien) zu den Staatsbürgerrechten. Entscheidend war die Einführung der Gewerbefreiheit, wonach jedermann Produktion und Handel gestattet wurde, sofern er eine Gewerbesteuer entrichtete. Freie wirtschaftliche Betätigung der Staatsbürger und Besteuerung durch den Staat hieß das Reformprinzip, das mit immer noch existierenden Rechtsgewohnheiten und Privilegien brach. Problematisch aber war die Art der Anwendung dieses Prinzips auf dem Agrarsektor.

Steins »Oktoberedikt«, das die persönliche Freiheit der Bauern bewirkte, hatte für die Nutzung von Adelsland die Entrichtung einer Feudalrente in der Form »dinglicher Lasten« (Geld und Naturalien) beibehalten. Eine revolutionäre Fortsetzung der Bauernbefreiung hätte die entschädigungslose und möglichst viele Bauern berücksichtigende Übereignung des Bodens erfordert, wofür es sogar schon Entwürfe gab. Hardenberg entschied einen anderen Weg. Ein Regulierungsedikt von 1811 verhiess den Bauern, die auf dem Boden eines adligen Landeigentümers wohnten und wirtschafteten, denselben als volles und eigenes Eigentum erwerben zu können. Doch als Bedingung galt eine Entschädigungspflicht, wonach die Bauern ein Drittel oder die Hälfte des von ihnen genutzten Bodens an die Grund- und Gutsherren ausliefern mussten. Das Edikt begünstigte somit die ostelbischen Rittergutsbesitzer, die nicht nur von Abgaben der Bauern lebten, sondern auch selbst agrarische Produktion und Handel mit den Produkten betrieben – und deren Interesse es war: möglichst große Ländereien als ihr unbeschränktes Eigentum einzubehalten und die entwurzelten Bauernfamilien als billige Arbeitskräfte auf ihren Gütern auszubeuten. Dieser »preußische Weg« der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, der wegen der Entschädigungsmodalitäten einige Jahrzehnte beanspruchte, ermöglichte die Verwandlung des feudalen Landadels in kapitalistisch wirtschaftende Großgrundbesitzer, eine Klasse von Agrarkapitalisten. Der frühere Bauernstand hingegen spaltete sich in eine bürgerliche Klasse überlebender, aber lange und tief verschuldeter Hof- und Landeigentümer sowie eine Millionenmasse von Landproletariern und überdies Menschen, die sehr bald als Paupers und Frühproletarier zum Strandgut des Industriekapitalismus degenerierten – von Marx »industrielle Reservearmee« genannt.

So erklärt sich im Ganzen, dass bei Hardenberg von einer »rein kapitalistischen« Tendenz seiner Reformtätigkeit gesprochen wird.

Jedoch ein Reformpatriot Preußens oder gar Deutschlands war er nicht. Während er überaus lange im Bündnis mit Napoleon verharrte, wuchs Stein zum Vorreiter des Ringens um nationale Unabhängigkeit. Bildung der Russisch-deutschen Legion, Anbahnung der rebellischen Konvention von Tauroggen, Organisierung der nahezu insurrektionellen Volksbewaffnung Ostpreußens, Einholung des zaudernden Preußenkönigs in das Kriegsbündnis gegen Napoleon, Autorschaft des ursprünglichen, auf den Sturz der Rheinbundfürsten gerichteten Kriegszielprogramms im Frühjahr 1813 – dies alles sind Wegmarken, wo der geborene Reichsritter wieder und wieder Barrieren herkömmlicher Feudalpolitik und absolutistischer Staatsräson übersprang. Der aus dem Konservatismus der Reichsritterschaft, aber auch der herausfordernden Begegnung mit England und Frankreich aufsteigende Mann weckte und stärkte die Kraft nationaler Selbstbehauptung, die im großen historischen Sinne notwendig war: Nicht nur in England und Frankreich, sondern auch in Deutschland musste sich zukünftig eine Nation politisch konstituieren. Reformpatrioten wie Stein, Scharnhorst und Gneisenau handelten daher gemäß einer historischen Entwicklung, die mit der Perspektive, einen bürgerlich-nationalen Staat hervorzubringen, die nationale Unabhängigkeit gebot.

Vielleicht ist zum Schluss auch richtig zu sagen, dass mit Hardenbergs »rein kapitalistischer« Tendenz liberalistische Neuerungen hervorgebracht wurden, die vom Kapitalismus tatsächlich benötigt, integriert, aber auch abgenutzt wurden. Stein hingegen bezeugt, dass der Begriff »humaner Konservatismus« nicht Rückständigkeit oder Reaktion bedeuten muss. Das Denken und Handeln des Mannes, der »ausgezogen war, der Revolution zuvorzukommen«, enthielt fürsorgliche, prädemokratische, gemeinverantwortliche Elemente, die bis heute noch immer nicht abgegolten sind.